

Wirtschaft

Plastikgeschirr vor dem Aus

Die Bundesregierung hat beschlossen, zahlreiche Produkte aus Einweg-Kunststoff zu verbieten. Damit wird eine Vorgabe der EU umgesetzt.

MEINUNGSBÖRSE

Verbot von Einweg-Kunststoff

Lieber kein Plastik essen

Hannes Koch, Berlin



Gut schmeckt sie, die Bratwurst. Und jetzt noch schnell den Plastikteller wegknuspern. Macht niemand? Nicht direkt. Aber nach einigen Jahren mag es durchaus passieren, dass Bestandteile des alten Kunststoffgeschirrs über den Umweg leckerer Doraden in die Mägen der Gourmets gelangen.

Die Marktwirtschaft ist eine faszinierende Konstruktion. Da werden manche Plastikprodukte als abbaubar oder gar biologisch abbaubar beworben. Das Versprechen lautet: Dieses Material verschwindet einfach.

Tut es aber nicht. Es zerkrümelt nur. Und Millionen Tonnen davon schwimmen in Flüssen, Seen und Ozeanen herum, wo sie in die menschliche Nahrungskette geraten. Diesen fatalen Kreislauf zu unterbinden, ist der Sinn des beschränkten Verbots von Einweg-Kunststoff, das gestern die Bundesregierung beschloss.

Neben Verboten kennt das Umweltrecht seit langem ein weiteres wirksames Mittel: die Mehrwegquote. Dabei wird festgelegt, dass ein bestimmter Anteil der Produkte nicht nur für den einmaligen, sondern den mehrmaligen Gebrauch verkauft werden muss. Bei Pfandflaschen für Getränke funktioniert das einigermassen. Leider setzen Bundesre-

gierung und Umweltministerium die Kombination dieser beiden Mechanismen im Falle des Einweg-Plastiks jedoch nicht konsequent um.

So bleiben etwa Take-away-Boxen aus Kunststoff für Restaurants und Lieferdienste erlaubt. Weitere Schlupflöcher existieren ebenfalls. Grundsätzlich müssten viel mehr Alltagsgegenstände als heute auf das Mehrweg-Prinzip umgestellt werden.

Kostenlos wäre das freilich nicht. Den Unternehmen entstünden höhere Kosten in den Lieferketten – für Rücknahme, Reinigung und Reparatur. Das ließe die Endkundenpreise steigen. Und vielleicht wäre das manchem angesichts gestiegenen Bewusstseins für den Schutz der Umwelt sogar einen Aufpreis wert.

Manche Verbraucherinnen und Verbraucher beklagen dennoch einen Verlust von Bequemlichkeit. Lästig erscheint es ihnen, Geschirr zu spülen, oder wiederverwendbare Gefäße zum Einkaufen in die Geschäfte mitzunehmen. Verständlich – Entsorgung im Abfallimer ist oft die einfachere Variante.

Wobei eigentlich doch niemand zum Müllschlucker seiner eigenen Wegwerfprodukte degradieren möchte.

hannes.koch@
ihr-kommentar.de

Hannes Koch

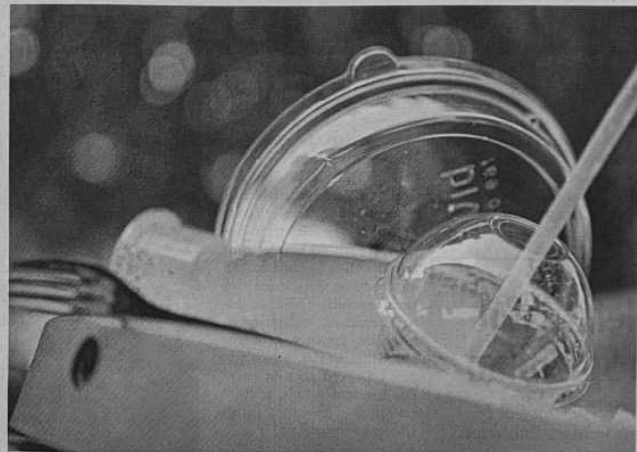
■ **Berlin.** Beim Grillen im Garten, bei Picknicks im Park oder der Party im eigenen Haus: Wer hinterher das Geschirr nicht spülen will, greift gerne zu Einwegtellern und -besteck. In Corona-Zeiten lassen sich auch mehr Haushalte das Abendessen in Plastikboxen verpackt an die Türe liefern. Mit einigen der Produkte wird allerdings bald Schluss sein, so der Beschluss der Bundesregierung.

◆ Um welche Produkte geht es?

Bestimmte Einweg-Plastikprodukte dürfen bald nicht mehr verkauft werden. Dazu gehören nach Informationen des Bundesumweltministeriums beispielsweise Teller, Becher, Bestecke, Rührstäbchen und Trinkhalme aus Plastik. Verboten sind dann auch To-Go-Becher aus Styropor, in denen Kioske Kaffee verkaufen, und ebensolche Lebensmittelbehälter fürs Mittagessen auf der Straße. Gleichfalls auf der schwarzen Liste stehen bestimmte Produkte, die sich von selbst zersetzen.

◆ Ab wann gilt das Verbot?

Es soll ab Anfang Juli 2021 – also in einem Jahr – in Kraft sein. Vorher müssen sich Bundestag und Bundesrat damit befassen. Die Bundesregierung hat sich das Verbot nicht selbst ausgedacht, sondern setzt die



Einweggeschirr sorgt für riesige Mengen Plastikmüll, der letztlich die Meere belastet.

FOTO: DPA

Einwegkunststoffrichtlinie der Europäischen Union um.

◆ Was ist so schlimm an Plastiktellern?

Große Mengen werden achtlos weggeworfen. Oft funktionieren auch die Müllbeseitigung und das Recycling nicht richtig. So gerät viel Plastik in die Natur, in den Boden und die Gewässer. Bäche und Flüsse transportieren den Abfall in Seen und Meere. Gefährlich ist dieser Prozess auch deshalb, weil sich die Kunststoffteile in kleinste Partikel zerlegen, die

von Fischen gefressen werden. Mit diesen nehmen die Menschen am Ende ihre Plastikteller selbst wieder zu sich. Beschleunigt wird der Kreislauf durch sogenannte oxo-abbaubare Kunststoffe, die extra dafür gemacht sind, in Mikroplastik zu zerfallen und damit angeblich zu verschwinden. „Wenn die weltweite Vermüllung so weitergeht, haben wir 2050 mehr Plastik als Fisch in unseren Weltmeeren“, sagte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) in Berlin.

◆ Wieviel Einwegplastik ist unterwegs?

Allein in Deutschland sind es hunderrtausende Tonnen pro Jahr. Einer Studie des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) zufolge machen die bald verbotenen Produkte zehn bis 20 Prozent des gesamten Abfalls im öffentlichen Raum aus.

◆ Wie lassen sich die Teller und Becher ersetzen?

Bei Partys, Grill-Gelagen oder Kindergeburtstagen hilft wiederverwendbares eigenes Ge-

schirr, beispielsweise aus dickerem Plastik, Glas und Porzellan. Alte Teller, Tassen und Bestecke für solche Zwecke bieten Trödler und Antiquitäten-Geschäfte oft billig an. Aber ja: Das Hin- und Hertransportieren, sowie Spülen sind aufwendiger, als das Einweggeschirr einfach in die Müll-eimer zu schmeißen. Wer Konzerte und Straßenfeste organisiert, verpflichtet die teilnehmenden Firmen inzwischen oft, Mehrweg-Teller und -gläser zu verwenden und die Rückgabe mit Pfand zu belohnen. Und als Ersatz für die Einweg-Variante beim Coffee-to-go-Becher bringen manche Kunden mittlerweile ihre eigenen Gefäße mit.

◆ Welche Kritik wird geübt?

„Die Bundesregierung sollte das Einweg-Plastikgeschirr nicht nur verbieten, sondern mit der Festlegung verbindlicher Mehrwegquoten auch dafür sorgen, dass sich wirklich umweltfreundliche Alternativen am Markt behaupten“, sagte Henriette Schneider von der Deutschen Umwelthilfe. Sie vermutet, dass bald mehr Einwegmesser, -gabeln oder -teller aus Holz oder Bambus verkauft werden. „Außerdem ist das Verbot zu eng begrenzt. Man sollte beispielsweise auch Kinder-Essenboxen erfassen, in denen Menüs aus Restaurants geliefert oder mitgenommen werden.“